

FREI, AUFREGEND, UNBEQUEM,
SOZIALISTISCH: TAUFRISSCH.

FAUST

Newsletter der Jusos Stadt Braunschweig · März '05



Föderalismus – was ist das? Jusos informieren Jusos über aktuelle Themen, zum Beispiel mit PowerPoint-Präsentationen.

Wehrpflicht abschaffen!

Abtreten! Warum die Wehrpflicht in der Bundesrepublik ausgedient hat.

Ein Thema der aktuellen politischen Diskussionen ist die Frage, ob die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland abgeschafft werden soll. Die Jusos in Braunschweig sprachen sich im November 2004 auf ihrer Mitgliederversammlung eindeutig für die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht aus, da diese im 21. Jahrhundert ihre Daseinsberechtigung verloren hat!

Wehrgerechtigkeit

Seit dem Jahr 2001 werden nur noch knapp ein Drittel aller jungen Männer eines Jahrganges zur Bundeswehr beziehungsweise zum zivilen Ersatzdienst eingezogen. Seit 2003 sinkt der Anteil rapide weiter, so dass heute nur noch wenige junge Männer zu diesen staatlichen Zwangsdiensten abgeordnet werden. Wer nicht gezogen wird, kann schon früher studieren gehen oder (s)eine Ausbildung beginnen und ist somit gegenüber anderen im Vorteil.

Ob jemand zur Bundeswehr gehen muss oder den zivilen Ersatzdienst zu absolvieren hat, gleicht einer „Wehr-lotterie“, weil sich die Anzahl der jährlich Wehrpflicht- und Zivildienstleistenden nach der finanziellen Situation des Bundes richtet. Dieser zahlt nämlich den Sold der Dienenden.

Unter dem Aspekt der Wehrgerechtigkeit, das heißt, Chancengerechtigkeit für alle jungen Menschen, ist die allgemeine Wehrpflicht und der zivile Ersatzdienst nicht mehr zu rechtfertigen!

Der aus dem Grundgesetz Resultierende Zwang, einen allgemeinen Grundwehrdienst absolvieren zu müssen, stellt einen völlig ungerechtfertigten Eingriff in die individuellen menschlichen Freiheitsrechte dar.

Staatlicher Zwangsdienst

Er ist nicht mit der demokratischen-pluralistischen Grundordnung des Grundgesetzes zu vereinbaren und wirkt als überholte Pflicht. Wehrpflichtbefürworter argumentieren in diesem Zusammenhang, dass

pflichtungen hinweg füreinander einzu stehen und damit zu einer besseren Gesellschaft beizutragen.

Demokratische Kontrolle

Die Zukunft der Bundeswehr kann in einer Freiwilligenarmee liegen. Selbstverständlich muss diese Freiwilligenarmee unter demokratischer Kontrolle stehen und darf sich nicht wie die Reichswehr in der Weimarer Republik zu einem „Staat in Staat“ entwickeln. Deswegen müssen die Berufssoldaten regelmäßig an politi-



Jugendliche durch den staatlichen Zwangsdienst sozialer und solidarischer würden. Gesellschaftliche Solidarität lässt sich aber nicht durch Gesetze erzwingen, sondern beruht auf der Erkenntnis, über Rechtsver-

schen Seminaren teilnehmen, wo sie auf ihre positive Einstellung zur freiheitlichen Grundordnung des Grundgesetzes überprüft werden müssen. Durch Bildungseinrichtungen und berufliche Weiterbildung muss die

Fortsetzung Seite 2

Einfach mal reinklicken:
www.jusos-bs.de

 **jusos** stadt **braunschweig**

Fortsetzung von Seite 1

zukünftige Freiwilligenarmee für alle gesellschaftlichen Schichten attraktiv sein.

Neue Aufgaben der Freiwilligenarmee

1955 wurde in der Bundesrepublik im Zuge des Kalten Krieges die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, um im Ernstfall einen konventionellen Angriff abzuwehren. Heute sind derartige Szenarien von der Zeit überholt, da zwischen der Bundesrepublik und ihren europäischen Nachbarn glücklicherweise Bündnis- beziehungsweise Freundschaftsverträge bestehen. Deswegen ist ein konventioneller Angriff ausgeschlossen. Die zukünftige Frei-

willigenarmee kann neue Aufgaben wie beispielsweise den zivilen Friedensdienst als Konfliktprävention im Rahmen von UN-Friedensmissionen übernehmen.

Freiwilliges Soziales Jahr

Jungen Menschen beider Geschlechter muss die Möglichkeit gegeben werden, ein freiwilliges soziales Jahr zu absolvieren. Ein soziales Pflichtjahr für alle ist nicht finanzierbar und wäre wie die allgemeine Wehrpflicht ein nicht gerechtfertigter Eingriff in die individuellen Freiheitsrechte. Auf freiwilliger Basis muss ein solches Jahr aber möglich sein. Deswegen müssen junge Menschen durch eine angemessene Vergütung, durch An-

rechnung der erbrachten Leistungen bei der Studienplatzvergabe und ähnliche Konditionen zu einem freiwilligen sozialen Jahr motiviert werden. Deshalb sollte das bestehende Angebot unter Berücksichtigung der Bedürfnisse sozialer Institutionen erweitert und ausgebaut werden. Die Braunschweiger Jusos haben sich wegen diesen und weiteren Argumenten für eine Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen!

Von Stefan Hillger

Deine Meinung zum Thema „Allgemeine Wehrpflicht“ und zu diesem Artikel interessiert uns! Einfach in das Forum auf www.jusos-bs.de schreiben und mitdiskutieren!

Tipps für den Einstieg ins Studium

Mit dem Abitur beginnt für viele Jugendliche ein neuer Lebensabschnitt und viele Fragen kommen auf, wie es weiter gehen soll. Diejenigen, die sich für ein Studium entscheiden, stehen vor der Hürde, einen geeigneten Einstieg ins Studium zu schaffen. Zu einigen Fragen gibt es hier die Antworten:

Wie kann ich mich über Universitäten und Fachhochschulen informieren?

Zuerst ist es hilfreich, in der Schule nach Informationen zu fragen. Diverse Broschüren und andere Materialien bekommt man beispielsweise im Sekretariat oder auf Anfrage bei dem zuständigen Lehrer.

Die meisten Informationen lassen sich im Internet finden. Fast jede Uni oder Fachhochschule hat einen umfangreichen Auftritt mit Studienangeboten, Informationen zur Studienbewerbung, Standortportraits, Kontaktinformationen etc. Erleichternd bei der Suche im Web sind die Adressen der Unis, die meist aus der Hochschulabkürzung (fh, uni, tu...) und dem Namen der Stadt bestehen. Beispiele dafür sind: www.tu-braunschweig.de / www.uni-marburg.de / www.uni-hannover.de oder www.fh-berlin.de.

Des Weiteren sind Einrichtungen, die

eine Studienberatung anbieten, hilfreich.

Welcher Studiengang ist der Richtige für mich und wann sollte ich mich wo bewerben?

Bei der Studienwahl sollte man darauf achten, seine Interessen und Stärken zu berücksichtigen. Wer beispielsweise schon immer ein Interesse an Physik hatte und die Leistungen in der Schule dies bestätigten, sollte sich für



Foto: subwaytree/photocase.de

einen Studiengang im Rahmen dieser Fachrichtung entscheiden. Gerade für Abiturienten, die keine genauen Vorstellungen haben, ist es wichtig, sich frühzeitig (möglichst noch vor dem Abitur) über Studienangebote zu informieren. Dabei sollte man auch in Erwägung ziehen, eine Aus-

bildung zu machen. Gerade wenn der Notendurchschnitt nur mittelmäßig ist, sinken die Chancen auf den Erhalt eines Studienplatzes. Schließlich kann man auch nach einer Ausbildung studieren, hat dann ein Wartesemesterguthaben von 6 Semestern, das bei der Bewerbung zugute kommt. Entscheidend ist außerdem, ob man sein Lern- und Arbeitsverhalten insoweit ändert, dass man das Studium erfolgreich bewältigen kann. Ein oder mehrere Jahre einfach „Pause“ zu machen wird später vom Arbeitgeber negativ bewertet.

Zwischen dem Erhalt des Abiturs und der Bewerbungsfrist liegen nur

wenige Wochen! Deshalb ist es sinnvoll, sich mehrfach zu bewerben, um höhere Chancen auf den Erhalt eines Studienplatzes zu haben oder um zwischen zwei Angeboten wählen zu können. Bewerben muss man sich

entweder bei den Unis direkt oder bei der zentralen Studienplatzvergabe (ZVS). Von Fach zu Fach kann dies unterschiedlich geregelt sein. Meistens bewirbt man sich aber bei den Unis direkt. Infos hierzu gibt es auch im Internet.

Von Matthias Stoffregen

Die Türkei auf dem Weg in die EU!

Der Weg für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ist frei

Wir Jungsozialisten (Jusos) in Braunschweig begrüßen die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs der EU, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen. Wir sehen aber auch, dass noch viel zu tun ist, bevor die Türkei in die EU aufgenommen werden kann.

Am 17. Dezember 2004 haben die 25 Staats- und Regierungschefs der EU die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ab Herbst 2005 zugestimmt. Die Verhandlungen sind auf mindestens 10 bis 15 Jahre angelegt und der Ausgang ist ergebnisoffen. Die Staats- und Regierungschefs haben somit nicht darüber zu entscheiden, ob die Türkei ein Vollmitglied der EU wird. Diese Entscheidung kann erst nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen gefällt werden.

„Die Regierung ist rechtstaatlich demokratisch gewählt, wie nirgends sonst in der islamischen Welt. Sie hat die entscheidende Verbesserung für Menschenrechte eingeleitet. Weisen wir sie ab, jubeln die Fundamentalisten, das Volk weint.“

Richard von Weizsäcker

Die Türkei hat nach Auffassung der EU-Kommission die politischen Kriterien der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfüllt. Die Türkei braucht aber unsere ausgestreckte Hand - auch wirtschaftlich - um Sicherheit und Stabilität zu garantieren in dieser für uns so wichtigen Region. Wir müssen den Türken Mut machen, dass die Reformen weiter gehen. Der Weg der Türkei ist klar: hin zu einem Rechtsstaat, der Menschenrechte und Minderheitenrechte achtet, der demokratisch verfasst ist, dessen Richter unabhängig sind.

Doch wir Jusos bemängeln, dass die Realität in manchen Teilen der Türkei weiterhin ganz anders aussieht, dass immer noch gefoltert wird, die Justiz alles andere als rechtsstaatlich agiert, Meinungsfreiheit und Minderheitenrechte in weiter Ferne liegen. Die Folterpraxis und die Situation der Frauen zeigen, dass der europäische Wertekanon dem türkischen Alltagsleben in manchen Teilen des Landes noch fremd

ist. Weiter muss die Religionsfreiheit gesetzlich und im Alltagsleben (auch in den Provinzen) durchgesetzt werden. Hier ist die Türkische Führung gefordert, die Reformen der vergangenen Jahre auch in der Bevölkerung voranzutreiben.

Auch eine Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit – insbesondere der Völkermord an den Armeniern zur Gründungszeit der Republik (1915/16) – ist zwingend nötig, wenn die Türkei einer Wertegemeinschaft wie der EU beitreten möchte.

„Noch ist dies ein Prozess – und zu Recht weisen Skeptiker darauf hin, dass die beschlossenen Gesetze erst umgesetzt werden müssen.“

Prof. Udo Steinbach

Wir sehen, dass noch viel zu tun bleibt, bis die Türkei ein Vollmitglied der EU sein wird. Sicherlich, die gewaltigen Reformen der vergangenen Jahre lohnen sich! Die konsequente Heranführung eines Landes muslimischen Glaubens an eine westliche Wertegemeinschaft zeigt aber auch den Menschen in aller Welt ganz deutlich, dass Demokratie und Islam sich nicht zwangsweise ausschließen, wie es europäische Konservative und islamische Extremisten behaupten.

Doch warnen Kritiker, dass die Reformen und Verfassungsänderungen der letzten Jahre erst beschlossen, aber noch nicht umgesetzt wurden – geschweige deren Bedeutung in der Bevölkerung verankert ist. Dies wird eine gewaltige Aufgabe aller Türken sein, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen – hin zu einer westlichen Demokratie. Die Möglichkeit des Beitritts eines Landes mit mehrheitlicher islamischer Bevölkerung in die EU ist unserer Meinung nach ein wirksames Zeichen im Kampf Europas gegen den Terrorismus. Ein Land wie die Türkei, das den europäischen Weg geht und zur EU gehört, ist geradezu ein „Bollwerk“ gegen den „Kampf der Kulturen“ zwischen dem Islam und dem Westen. Künftige EU-Grenzen mit Iran, Irak und Syrien lassen die Türkei zum Bindeglied zwischen Europa und dem Nahen und Mittleren

Osten werden. Dies verstärkt unsere Sicherheit, liefert enorme wirtschaftliche Impulse und bewirkt, dass aus Europa ein „Global Player“ wird.

„Ein baldiger Beitritt der armen Balkanstaaten oder der Türkei würde die finanzielle Leistungsfähigkeit der EU und ihren Zusammenhalt ernsthaft gefährden.“

Helmut Schmidt

Eine starke Europäische Union darf nicht über Ihre geographische Größe sondern über Ihre politische Einheit definiert werden. Nach dem Super-Euro-Jahr 2004 - mit der Aufnahme zehn neuer Mitglieder am 1. Mai, der Europawahl am 13. Juni, der Ratifizierung der Europäischen Verfassung am 29. Oktober und der Abstimmung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 17. Dezember 2004 – muss erst einmal die Frage der Finalität der EU beantwortet werden, bevor es zu einem Beitritt der Türkei kommen kann.

Dennoch - die deutsche Wirtschaft weiß, warum sie so heftig für einen baldigen Türkeibeitritt wirbt: dort gibt es Wachstum, Arbeitsplätze und Chancen auf neue Märkte. Die Türkei ist heute wirtschaftlich mindestens genau so weit wie Portugal, Spanien oder Griechenland bei Ihrem Beitritt.

Doch der politische Wandel muss dem wirtschaftlichen Fortschritt schritt halten. Hier liegen in Zukunft die Hauptaufgaben der zukünftigen Türkischen Regierungen - aber auch der EU. Mit einem starken Partner im Rücken wird der Reformprozess in der Türkei stetig vorankommen können und müssen.

Diesen Reformprozess zu überwachen, wird die Hauptaufgabe zukünftiger EU-Kommissionen sein. Sie wird bei einem schwerwiegenden und dauerhaften Verstoß gegen die Grundsätze der Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten – auf denen die EU beruht – die Aussetzung der Verhandlungen empfehlen. Sie wird aber auch einen positiven Reformwandel der Türkei irgendwann mit einem EU-Beitritt belohnen müssen.

Die Zukunft wird es uns zeigen, wohin der Weg der Türkei führt ... hoffentlich in die EU!

William Labitzke und Steffen Kirsch

Den vollständigen Text könnt Ihr unter www.jusos-bs.de/lesen.

Spenden für Unicef

Im Rahmen der Aktion „Eine Welt – gerecht weiterdenken“ sammelten die Braunschweiger Jusos Mitte Februar Spenden für Unicef. Dem schlechten Wetter zum Trotz, schenkten sie Glühwein gegen einen unbestimmten Betrag aus, der vollständig der Hilfsorganisation zu Gute kommt. Die gesammelten Spenden haben keinen bestimmten Zweck, da Unicef das Geld nach eigenem Ermessen dort einsetzen soll, wo es am dringendsten benötigt wird.



Foto: Matthias Stoffregen

Bildung in der Diskussion

Die Jusos in Braunschweig und die Arbeitsgruppe Bildung der Braunschweiger SPD luden im November vergangen Jahres zum Bildungsforum ins Haus „Alte Waage“ am Wollmarkt.

Einige SchülerInnen nutzten die Gelegenheit, um ihre Erfahrungen, die sie im Zusammenhang mit diversen „Reformen“ der CDU/FDP-Landesregierung im schulischen Bereich gemacht haben, weiterzugeben.

Eine weitere Veranstaltung zum Thema Bildung ist für dieses Frühjahr geplant.



Foto: Michael Grewer

Die Landesregierung im Fokus: Prädikat: Planlos – Verantwortungslos

Bürgerwehr

Die Innenpolitik der schwarz-gelben Landesregierung kann nur noch als völlig planlos und verwirrt bezeichnet werden.

Nach drastischen Einsparungen bei der Polizei macht sie sich nun Sorgen um die Sicherheit in unserem Bundesland. Man hätte ihr aber auch sagen können, dass zwischen Sicherheit und Polizei ein gewisser Zusammenhang besteht. Als Reaktion darauf werden nicht etwa mehr Polizisten ausgebildet. Nein, nun sollen Bürgerwehren in den niedersächsischen Kommunen für Sicherheit sorgen. Schwarze Scheriffs ziehen dann durch die Straßen. Und Ex-NPD-Kamerad Dr. Hoffmann jubelt schon. Wir dürfen gespannt sein, was als nächstes aus Hannover kommt. Vielleicht gibt es zur Entlastung der Gerichte bald wieder Lünchjustiz?!

Fazit:
Planlos



Foto: Stefan Lochmann/photocase.de

Volkswagen

Niemand wollte es wahrhaben. Nun hat (Miss-)Wirtschaftsminister Hirche einmal mehr bekräftigt, was er schon lange plant:
Den Verkauf von Volkswagen.

Er kann es einfach nicht ertragen, dass in der Region Braunschweig noch einigermaßen sichere Arbeitsplätze vorhanden sind. Sein Chef, Herr Wulff nimmt währenddessen seinen Job als Aufsichtsratsmitglied bei VW richtig ernst. In aller Öffentlichkeit poltert er

gegen das Unternehmen, für das er nebenbei tätig ist und Verantwortung trägt.

Fazit:
Verantwortungslos

von Kai Florysiak

Man stellt sich die Frage, ob in Zukunft Bürgerwehren dunkle Parkplätze bewachen müssen, damit nach dem Ausverkauf des Konzerns nicht die letzten einsam abgestellte Volkswagen geklaut werden...

Wir mischen mit!

In Braunschweig, Niedersachsen und im Bund sagen wir:

„Gerecht weiter denken“.

Die inhaltliche Positionierung steht dabei im Vordergrund. Wir diskutieren, bilden uns weiter, erwerben so Kompetenzen und beteiligen uns am politischen und sozialen Leben in UNSERER Stadt. Und haben dabei sehr viel Spaß!

Überzeug Dich selbst und komm zu einem unserer regelmäßigen Treffen:

Die Jusos Braunschweig treffen sich jeden Mittwoch um 19 Uhr im Volksfreundhaus (Schloßstraße. 8 im schönen Magniviertel).

Noch Fragen? Meldet Euch bei Anne Müller-Löfke (0531-2889706, besitos@web.de) und/oder informiert Euch ganz leicht unter

www.jusos-bs.de

Impressum

Herausgeber: Juso-Unterbezirk Braunschweig, www.jusos-bs.de



V.i.S.d.P.:
Anne Müller-Löfke, William Labitzke
Layout: Michael Grewer
Druck: Igel-Druck, Braunschweig
Auflage: 2.000 Exemplare